

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/003(V)/09			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 27.11.2009	Hasselbachsaal	14:00Uhr	16:50Uhr

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 02. 10. 2009
- 5 Anträge
 - 5.1 Kolloquium zum Reformationsjubiläum
Vorlage: A0165/09
FDP-Fraktion
 - 5.1.1 Kolloquium zum Reformationsjubiläum
Vorlage: S0326/09
BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit
 - 5.2 Magdeburger Tierschutzpreis 2010
Vorlage: A0163/09
FDP-Fraktion

- 5.2.1 Magdeburger Tierschutzpreis 2010
Vorlage: S0282/09

BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 5.3 Umgang mit Beschluss des Oberverwaltungsgerichtes Magdeburg
(1M 62/04) vom 18.11.2004
Vorlage: A0170/09

Fraktion DIE LINKE
- 5.3.1 Umgang mit Beschluss des Oberverwaltungsgerichtes Magdeburg
(1M 62/04) vom 18.11.2004
Vorlage: S0317/09

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 6 Beschlussvorlagen und Informationen
- 6.1 Haushaltsplan 2010
- Stellenplan 2010
Vorlage: DS0529/09

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6.2 Berechnung der leistungsabhängigen Anschlussfähigkeit für die
Übernahme der Absolventen der Berufsausbildung
Vorlage: I0300/09

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6.3 Neuausrichtung des Mobilen BürgerBüros
Vorlage: DS0537/09

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6.4 Beteiligungsbericht 2009
Vorlage: DS0439/09

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 6.5 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Magdeburger
Verkehrsbetriebe GmbH
Vorlage: DS0450/09

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 7 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Stadtrat Burkhard Lischka

Stadtrat Mirko Stage

Vors. des Stadtrates Beate Wübbenhorst

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Frank Theile

Stadtrat Hans-Jörg Schuster

Stadtrat Wolfgang Wähnelt

Vertreter

Stadtrat Jens Ansorge

Stadtrat Hugo Boeck

Geschäftsführung

Frau Andrea Behne

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Frank Schuster

Stadträtin Regina Frömert

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 02. 10. 2009

Änderung der Verwaltung

TOP 4.2 DS0279/09 Zukunft der P.G.M. Parkraum Magdeburg GmbH

Auf Seite 5 muss es in Abs. 5 Zeile 2 heißen:

... Schulden getilgt **sind**. Eine mögliche **alternative** Lösung wäre aber ...

Auf Seite 6 wird Abs. 5 wie folgt ergänzt:

Stadtrat Lischka, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **erinnert an die damals** noch nicht erfolgte Klärung zur Rückzahlung des gewährten Darlehens an die Gesellschaft, **was** bei einem Verkauf der Gesellschaft **problematisch war**.

In Absatz 8 **wird** der letzte Satz: „Demgegenüber stehen ... Zahlungen“. **gestrichen**.

Aus Hinweis des Stadtrates Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, muss es zum TOP 4.2, Seite 6, Abs. 7 Zeile 6 richtig heißen:

... hält es für sinnvoller, die Gesellschaft zu **erhalten**....

Die so geänderte Niederschrift wird mit 8 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen bestätigt.

5. Anträge

5.1. Kolloquium zum Reformationsjubiläum Vorlage: A0165/09

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Leiterin Team 5 im Dezernat III Frau Marxmeier teil.

Einführend zur Thematik verweist der Oberbürgermeister auf die in der Stellungnahme dargelegte positive Haltung der Verwaltung zur Umsetzung des beantragten Kolloquiums.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, führt aus, dass die Darlegungen in der Stellungnahme für ihn eher Ausdruck dessen seien, dass die Stadt die Beschlussumsetzung vornehmen muss.

Hierzu führt Frau Marxmeier klarstellend aus, dass die Stadt ihre Beteiligung am Reformationsjubiläum und die Vorbereitung des Kolloquiums als Verpflichtung betrachtet.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, gibt den Hinweis, dass auf der entsprechenden Internetseite auch Darstellungen der Stadt Magdeburg vorgenommen werden sollten.

Frau Marxmeier informiert, dass im Bereich Tourismus hierfür noch entsprechende Projekte fehlen, die aber jetzt zusammengestellt werden sollen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, signalisiert seine Zustimmung zum Antrag. In diesem Zusammenhang hinterfragt er die Umsetzung der beschlossenen Benennung Lutherplatz/ Lutherhain.

Der Oberbürgermeister sagt zu, dies zu prüfen und eine entsprechende Information zu geben.

Zur Nachfrage des Stadtrates Lischka, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, hinsichtlich bestehender Kontakte in Vorbereitung des Reformationsjubiläums z.B. mit der Stadt Wittenberge oder dem Landkreis Mansfeld-Südharz informiert Frau Marxmeier, dass diese über die Geschäftsstelle „Luther 2017“ bestehen. In der kommenden Woche wird ein Gesprächstermin zur Abstimmung stattfinden, wie die Stadt Magdeburg sich in die Vorbereitungen einbringen kann.

Zum Vorschlag des Stadtrates Lischka, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, eine Vernetzung von touristischen Angeboten der Stadt Magdeburg mit denen des Umlandes vorzunehmen informiert Frau Marxmeier, dass diesbezüglich bereits seitens der MMKT Gespräche mit der Geschäftsstelle geführt werden.

Stadtrat Schuster, FDP-Fraktion, begründet das Anliegen des Antrages seiner Fraktion. Bezugnehmend auf das Projekt „Lutherweg“ äußert er seine Vorstellung, dass seitens des Stadtrates Lischka in seiner Eigenschaft als Bundestagsabgeordneter Einfluss auf die Einbindung der Stadt Magdeburg in dieses Projekt genommen werden sollte.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0165/09 in seiner Sitzung am 28. 01. 2010 zu beschließen.

5.1.1. Kolloquium zum Reformationsjubiläum
Vorlage: S0326/09

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.2. Magdeburger Tierschutzpreis 2010
Vorlage: A0163/09

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Vertreterin des Gesundheits- und Veterinärarnates Frau Szigoleit-Schirrmeister teil.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, merkt an, dass bei Preisverleihungen deren Stellenwerte betrachtet werden müssen und diese nicht überdimensioniert erfolgen, da ansonsten ein Werteverlust zu befürchten sei.

Der Oberbürgermeister informiert über die Empfehlung des Ausschusses KRB, den Antrag A0163/09 im Stadtrat nicht zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 1 Ja-Stimme, 6 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0163/09 in seiner Sitzung am 28. 01. 2009 nicht zu beschließen.

5.2.1. Magdeburger Tierschutzpreis 2010
Vorlage: S0282/09

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.3. Umgang mit Beschluss des Oberverwaltungsgerichtes
Magdeburg (1M 62/04) vom 18.11.2004
Vorlage: A0170/09

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, erklärt den Antrag mit der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung als erledigt.

- 5.3.1. Umgang mit Beschluss des Oberverwaltungsgerichtes
Magdeburg (1M 62/04) vom 18.11.2004
Vorlage: S0317/09
-

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Beschlussvorlagen und Informationen

- 6.1. Haushaltsplan 2010
- Stellenplan 2010
Vorlage: DS0529/09
-

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz und der Fachdienstleiter 01.2 Herr Radike teil.

Der Beigeordnete I Herr Platz nimmt Bezug auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Lesehilfe und informiert, dass diese einen Überblick zum Stellenplan und den Veränderungen im Jahr 2010 darstellt. Insbesondere sind hier die Stellenzu- und Abgänge dargelegt. Er schätzt ein, dass zum vorliegenden Stellenplan keine besonderen Schwerpunkte, die einer besonderen Erläuterung bedürfen, zu sehen sind.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, führt aus, dass vor einer Meinungsbildung seiner Fraktion zunächst alle Ausschussberatungen abgewartet werden sollen. Er spricht sich dafür aus, den Stellenplan heute zunächst in 1. Lesung zur Kenntnis zu nehmen und eine Beschlussempfehlung in der nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses vorzunehmen.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, merkt kritisch an, dass der vorliegende Stellenplan für eine Meinungsbildung wenig hilfreich sei, da nur die gesamte Stellenanzahl aufgeführt ist und kein Überblick gegliedert nach Bereichen und Aufgaben mehr besteht. Er bittet darum, eine konkrete Stellenzuordnung zur Kenntnis zu bekommen, um einschätzen zu können, wie die Aufgabenerfüllung erfolgt.

Klarstellend verweist der Beigeordnete I darauf, dass der vorliegende Stellenplan dem entspricht, was durch den Stadtrat zu beschließen ist.

Ergänzend führt der Oberbürgermeister aus, dass der Stellenverteilungsplan in seiner Verantwortung liegt. Er räumt jedoch die Möglichkeit zur Einsichtnahme in diesen Plan ein.

Der Fachdienstleiter 01.2 Herr Radike verweist auf Anlage 3 der Lesehilfe, mit der eine amtsbezogene Stellendarstellung vorliegt. Insbesondere legt er dar, dass es auf Grund der gesetzlichen Regelungen zur doppelten Haushaltsführung keine detaillierten Stellenpläne mehr gibt und sich infolgedessen die Darstellungen in der Lesehilfe nur noch auf die bestehenden Veränderungen reduzieren.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! und Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, äußern sich kritisch zur Anlagenanzeige in mandatos.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, äußert sein Interesse an einer Darstellung der aktuell unbesetzten Stellen, und sieht hiermit eine Möglichkeit zur Verbesserung des Verständnisses im Stadtrat.

Mit Hinweis auf ständige Veränderungen bei der Besetzung von Stellen und der Festlegung, freiwerdende Stellen erst nach einer Frist von 6 Monaten wiederzubesetzen, begründet der Oberbürgermeister, dass keine aktuelle Übersicht vorgelegt werden kann.

Im Weiteren informiert er, dass zur Sicherung der Aufgabenerfüllung z.B. im Amt 51 in den letzten Wochen mehrere Stellen zur Wiederbesetzung freigegeben wurden.

Im Zusammenhang mit der Sicherung der Aufgabenerfüllung nimmt Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, Bezug auf die Problematiken Straßenausbaubeiträge und Entwicklungsmaßnahme Rothensee.

In Beantwortung seiner in diesem Zusammenhang gestellten Frage zur Berücksichtigung des bestehenden Mehrbedarfes an Mitarbeiter zur Lösung der Arbeitsaufgaben wird durch den Oberbürgermeister die Berücksichtigung bestätigt.

Der Beigeordnete I Herr Platz nimmt Bezug auf den in der Vergangenheit turnusmäßig vorgelegten Personal- und Organisationsbericht und unterbreitet das Angebot, die in der heutigen Diskussion geforderten Informationen in diesem Bericht im 2. Halbjahr 2010 vorzulegen.

Der Oberbürgermeister verweist auf die in den Dezernaten I und VI geführten Organisationsuntersuchungen und schlägt vor, die Ergebnisse dieser Untersuchungen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen ebenfalls mit diesem Bericht vorzulegen.

Der vorliegende Stellenplan wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses zur Kenntnis genommen. Eine Beschlussempfehlung erfolgt in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 22. 01. 2010.

6.2. Berechnung der leistungsabhängigen Anschlussfähigkeit für die
Übernahme der Absolventen der Berufsausbildung
Ergänzende Berichterstattung zur DS0305/09 gem. Festlegung
des Verwaltungsausschusses vom 2. Oktober 2009
Vorlage: I0300/09

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz und der Fachdienstleiter 01.2 Herr Radike teil.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, hinterfragt die Verfahrensweise, wenn Auszubildende die Abschlussprüfung nicht bestehen sowie die Gründe für die Ausbildungsanforderungen im Bereich Geodienste als Grundlage für eine unbefristete Einstellung. Er trifft die Feststellung,

dass die Qualität der Ausbildungsabschlüsse in der Vergangenheit gesunken ist und hinterfragt ebenfalls Maßnahmen für eine Qualitätssteigerung.

In Beantwortung der Nachfragen informiert der Fachdienstleiter 01.2 Herr Radike, dass zwar derzeit noch eine Auswahl an Nachwuchskräften besteht aber auch festzustellen ist, dass die Qualität der Bewerber gesunken ist. Die Angebote an Nachhilfen bzw. die Aussicht auf eine unbefristete Einstellung konnten hierbei auch keine Verbesserung erzielen.

Hinsichtlich der Anforderungen im Bereich Geodienste führt er aus, dass in diesem Bereich derzeit kein Bedarf an Nachwuchskräften besteht.

Abschließend legt er dar, dass bei Nichtbestehen der Abschlussprüfung die Möglichkeit besteht, diese nach 6 Monaten zu wiederholen. Im Fall des Nichtbestehens der Wiederholungsprüfung erfolgt auch keine Übernahme in die Verwaltung.

Hinsichtlich der gesunkenen Qualität der Bewerber führt der Oberbürgermeister erläuternd aus, dass in den vergangenen Jahren viele Abiturienten unter den Bewerbern waren. Da vermehrt Abiturienten ein Studium aufnehmen und sich nicht für eine Verwaltungsausbildung bewerben, macht sich dies in den Ergebnissen der derzeitigen Bewerber bemerkbar.

Ergänzend verweist der Beigeordnete I Herr Platz darauf, dass auch die Anzahl der Bewerber gesunken sei. So würden z.Z. 50 Besetzungen aus 500 Bewerbern erfolgen im Gegensatz zu 3000 Bewerbern in den vergangenen Jahren.

Zur Nachfrage des Stadtrates Lischka, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, hinsichtlich der Einstellungskriterien für Verwaltungsangestellte informiert Herr Radike, dass hierfür ein qualifizierter Realschulabschluss sowie das Bestehen eines Aufnahmetests erforderlich sind.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

6.3. Neuausrichtung des Mobilen BürgerBüros Vorlage: DS0537/09

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

In seinen erläuternden Ausführungen zur Drucksache informiert der Beigeordnete I Herr Platz über die in Auswertung des Pilotprojekts getroffene Feststellung, dass die Frequentierung der Mobilen Bürgerbüros nicht den Erwartungen entsprochen hat und über die Entscheidung zur Verlängerung des Projektes mit verstärkter Werbung für die Mobilen Bürgerbüros. Im Ergebnis musste jedoch wiederum festgestellt werden, dass die bisherige Form der Mobilen Bürgerbüros nicht den gewünschten Erfolg gebracht haben.

In Auswertung dieser Ergebnisse ist vorgesehen, die bisherige Form zum 31. 12. 2009 zu beenden und danach z.B. in Kooperation mit Altenpflegeheimen und der Universität bedarfsbezogene Leistungen anzubieten.

Insbesondere verweist er darauf, dass für Beyendorf/Sohlen und Westerhüsen diese Entscheidung nicht gilt. Hier erfolgt lediglich eine Anpassung der Öffnungszeiten.

Herr Platz verweist im Weiteren darauf, dass mit allen Standortbetreibern Gespräche zur Aufgabe der Standorte geführt wurden (siehe Anlage 2 zur Drucksache). Hinsichtlich des Standortes Sudenburg informiert er über das geführte Gespräch mit der GWA am 16. 12. 2009 und die im Ergebnis vorherrschende Einsicht, dass ein Weiterbetrieb nicht sinnvoll ist. Die Möglichkeit zur Vereinbarung einzelner Termine wurde interessiert zur Kenntnis genommen.

Weiterhin verweist er auf die 5 festen Standorte von Bürgerbüros in Magdeburg, die dem Bedarf vollständig genügen.

Mit Hinweis auf gute Erfahrungen anderer Städte mit Mobilien Bürgerbüros wie z.B. Berlin oder Dortmund führt er aus, dass diese mit den territorialen Gegebenheiten in diesen Städten zu begründen sind. Für ein erweitertes Dienstleistungsangebot über die Mobilien Bürgerbüros stellt sich das Stadtgebiet von Magdeburg zu kleinteilig dar.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper sieht es als besonders positiv an, dass die vorhandenen Bürgerbüros in der Lage sind, das Angebot an Dienstleistungen für die gesamte Stadt zu erbringen.

Die Nachfragen des Stadtrates Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, hinsichtlich des der Feststellung des Bedarfes an Leistungen, der Höhe der Betriebskosten sowie der Nachnutzung des Gebäudes der ehemaligen Kfz-Zulassungsstelle werden durch den Beigeordneten I Herrn Platz beantwortet.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, sieht die Thematik der Mobilien Bürgerbüros auf Grund der Auslastung der bestehenden Büros für überholt an. Er legt seine Auffassung dar, dass die Öffnungszeiten der Mobilien Bürgerbüros nicht gerade Anreiz für eine stärkere Nutzung waren, hält aber eine Erweiterung dieser Öffnungszeiten für nicht gerechtfertigt.

Stadtrat Schwenke spricht sich für eine Zustimmung zur Drucksache aus.

Der Oberbürgermeister legt dar, dass bei der Entscheidung zur Beendigung der bisherigen Form der Mobilien Bürgerbüros auch zu bedenken ist, dass gerade Jüngere bestimmte Dienstleistungen durch verstärkte Nutzung elektronischer Möglichkeiten oder telefonisch abwickeln.

Bezug nehmend auf die Kooperation mit der Universität sieht Stadtrat Lischka, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! als Dienstleistungsangebote nur die Anmeldung des 1. Wohnsitzes bzw. Kfz-Zulassungen. Er hinterfragt weitere Angebote, die das Serviceangebot eines Mobilien Bürgerbüros rechtfertigen bzw. nicht auch elektronisch gemacht werden können.

Hierzu führt der Oberbürgermeister aus, dass als Hauptgrund der Anreiz zur Wohnsitznahme in Magdeburg sein soll und diese sollte so einfach wie möglich sein.

Mit dem Hinweis, dass die Dienstleistungen des Mobilien Bürgerbüros ein Service ist, an dem nicht gespart werden sollte spricht sich Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, für eine Zustimmung zur Drucksache aus.

Der Verwaltungsausschuss beschließt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig:

Beschluss-Nr. VW 015-03(V)09

Das Mobile BürgerBüro hat sich für bestimmte Einsatzbedingungen bewährt und wird unter folgenden Maßgaben in den regulären Dienstbetrieb überführt:

1. Das Mobile BürgerBüro (MoBB) wird bei vorhandenem lokalem Interesse und einem nachgewiesenen Bedarf unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrieben. Dies bezieht sich insbesondere auf die Öffnungstage und Öffnungszeiten. Standorte, die nicht effektiv bedient werden können, sind aufzugeben.
2. Das MoBB wird am Standort Beyendorf/ Sohlen regelmäßig weitergeführt und ergänzt das Angebot des dortigen Bürgerbüros.
3. Das Serviceangebot für Universität und Hochschule wird auf das Sommersemester ausgedehnt und im Wintersemester zeitlich verlagert.
4. Das Serviceangebot wird auf Altenpflegeheime, Senioreneinrichtungen etc. erweitert.
5. Anlassbezogene Termine und Leistungen ergänzen das Angebot der festen Standorte.

6.4. Beteiligungsbericht 2009
Vorlage: DS0439/09

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann teil.

Zur Drucksache besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0439/09 in seiner Sitzung am 03. 12. 2009 zu beschließen.

6.5. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Magdeburger
Verkehrsbetriebe GmbH
Vorlage: DS0450/09

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen (Bg II) Herr Zimmermann teil.

Der Beigeordnete II Herr Zimmermann macht erläuternde Ausführungen zur Drucksache.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nimmt Bezug auf die vorliegende Synopse und geht dabei auf die Regelungen des § 11 – Gesellschafterbeschlüsse – ein. Insbesondere verweist er auf die Formulierung hinsichtlich des Unterliegens des Stimmrechtes der

Gesellschaftervertreter dem Weisungsrecht des Stadtrates. Er schlägt vor diese Formulierung zu erweitern um den Zusatz „... und entscheiden nur auf der Grundlage von Stadtratsbeschlüssen.“ und begründet seine Auffassung.

Mit Verweis auf die im Stadtrat beschlossenen Leitlinien guter Unternehmensführung (Public Corporate Governance Kodex) führt der Beigeordnete II Herr Zimmermann aus, dass mit diesen Regelungen genau dargelegt wurde, was die Gesellschafterversammlung beschließt und auch was der Stadtrat hinsichtlich der Gesellschaften zu beschließen hat. Somit haben die Gesellschaftervertreter sehr wohl das Recht zur eigenständigen Beschlussfassung, welche in den jeweiligen Gesellschaftsverträgen geregelt ist.

Ergänzend gibt der Oberbürgermeister den Hinweis, dass für den Fall der alleinigen Beschlusszuständigkeit des Stadtrates nicht die bisherige Anzahl von Vertretern des Stadtrates in der Gesellschafterversammlung erforderlich wäre und somit über jede Entscheidung der Stadtrat befinden müsste.

Zur Nachfrage des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wo im Vertrag eine Beschlusszuständigkeit der Gesellschafterversammlung geregelt ist, benennt der Beigeordnete II Herr Zimmermann beispielhaft den § 9 – Aufsichtsrat – und verweist auf die Regelung des Punktes 12 zur Beschlusszuständigkeit der Gesellschafterversammlung zur Frage der Aufsichtsratsvergütungen. Zu weiteren Beschlusszuständigkeiten verweist er auf die unter Punkt 3 des § 11 – Gesellschafterbeschlüsse – aufgeführten Komplexe. Die Beschlusszuständigkeiten des Stadtrates ergeben sich aus gesetzlichen Regelungen, wie den Regelungen des GmbH-Gesetzes.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! zitiert aus den vertraglichen Regelungen und verweist auf die im Vertrag klare Darlegung, dass sich die Beschlusszuständigkeiten der Gesellschafterversammlung auf die Themen beziehen, die keiner gesetzlichen Regelung unterliegen.

Abschließend sagt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper zu, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hinsichtlich der Beschlusszuständigkeiten eine klarstellende schriftliche Information zu übergeben.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, die DS0450/09 in seiner Sitzung am 03. 12. 2009 zu beschließen.

7. Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin